

Kritik an höheren Hürden für eine Volksbefragung in Statutarstädten

Von Christian Diabl



Westring-Gegner versuchten die Stadt Linz per Volksbefragung zum Ausstieg aus dem Projekt zu bringen.
Bild: VOLKER WEIHBOLD

LINZ. Per Landtagsbeschluss wurden die Voraussetzungen für die Einleitung einer Volksbefragung durch Bürger erschwert, Bürgermeister Prammer verteidigt die Reform

Ein Beschluss des oberösterreichischen Landtags wird von Bürgerinitiativen und Demokratieaktivisten scharf kritisiert. Am 9. Juli stimmten ÖVP, FPÖ und SPÖ für eine Änderung des Stadtstatuts von Linz, Wels und Steyr.

- Lesen Sie auch: **Keine A26-Volksbefragung in Linz:**

Kein freies Sammeln mehr

Demnach dürfen Unterschriften für Volksbefragungen nicht mehr im öffentlichen Raum gesammelt werden, sondern müssen persönlich beim Magistrat abgegeben werden. Zudem wurde die Frist dafür auf vier Wochen verkürzt. Bürger, die aktiv mitgestalten wollen, würden durch die weiteren Verschärfungen der ohnehin schlechten direktdemokratischen Regeln richtiggehend verhöhnt, kritisiert die Initiative "mehr demokratie!". Die Initiative "Verkehrswende jetzt!" sieht durch diese Maßnahme gar jede Form der direktdemokratischen Mitbestimmung abgeschafft.

Prammer: "Reform ist fair"

Angestoßen hatte die Reform der Städtebund unter der Führung des Linzer Bürgermeisters Dietmar Prammer (SP) – als Learning aus den letzten Sammlungen, wo Ordner mit teils unleserlichen Unterschriften übergeben wurden und vom Magistrat mühsam überprüft werden mussten. Dann habe man den Schwarzen Peter, weil im Raum stehe, man würde Unterschriften nicht anerkennen, wie zuletzt bei der Sammlung für eine Volksbefragung zum Westring-Ausstieg. "Natürlich ist es nicht mehr so einfach, diese Unterschriften zu sammeln, aber ich glaube, dass es fair ist", sagt Prammer zu den OÖN.

Zumal man in Linz an der niedrigen Hürde von vier Prozent der Wahlberechtigten festhält.

- Aus dem Archiv: **Hürden für Volksbefragungen in Land und Gemeinden sinken**